

Ein Projekt für die »Stille Mitte«?

Die Europäische Kulturhauptstadt 2025 in Chemnitz

Klara Steinmetz, Deliah Wagner, Frank Asbrock, Christoph Meißelbach & Reinhold Melcher

2025: Nach vielen Jahren der Planung und Vorbereitung ist es so weit. Die Stadt Chemnitz ist Europäische Kulturhauptstadt und möchte sich Deutschland, Europa und der Welt als *lebendig und weltoffen* (Das Leitbild der Chemnitz 2025 gGmbH) präsentieren. Die Stadt wird dabei versuchen, durch ihr Wirken eine gemeinsame, übergeordnete Europäische Identität in Chemnitz und darüber hinaus zu etablieren (Strategische Grundlagen für eine Kulturhauptstadt Europas der Macher:innen, o. D.).

2018: Chemnitz ist im Fokus der deutschland- und weltweiten Aufmerksamkeit. Nach einem Tötungsdelikt am Rande des Stadtfestes kommt es zu rechtsextremen Demonstrationen, gewalttätigen Ausschreitungen und einer nie dagewesenen Medienaufmerksamkeit auf die Stadt. Die Polizei ist vom Ausmaß der rechtsextremen Demonstrationen sichtbar überfordert (Grunert 2018). Eine der Reaktionen auf die Demonstrationen und Ausschreitungen war jedoch auch das kurz später stattfindende *Wir sind mehr* Konzert gegen Rechtsextremismus mit 65.000 Besucher:innen (vgl. zur Einordnung der Ereignisse in Chemnitz auch Brichzin et al. 2022).

Diese gegensätzlichen Ereignisse – die negativen Schlagzeilen von 2018 und der zukünftige Titel der Kulturhauptstadt 2025 – markieren zwei diametral entgegengesetzte Narrative in der jüngeren Geschichte von Chemnitz. Gleichzeitig bieten sie eine interessante Grundlage zur soziopolitischen Reflexion und strukturellen Transformation. Durch den Titel der Kulturhauptstadt wird eine Plattform geschaffen, die es ermöglicht, das Bild der Stadt sowohl im nationalen als auch im internationalen Kontext zu formen und sich als weltoffene und diverse Stadt zu präsentieren. Der Titel der Kulturhauptstadt bietet der Stadt die Chance, sich wieder positiver darzustellen als es der Eindruck vom August 2018 erlaubt und Bilder einer »zerrissenen Stadt« (Brandau 2018) zu korrigieren. Die Bewerbung um den Titel »Kulturhauptstadt Europas« begann bereits 2017 – also vor den Ausschreitungen im August 2018 – weil engagierte Chemnitzer:innen auch schon zu dieser Zeit die Notwendigkeit sahen, das positive Potential ihrer Stadt und der Einwohner:innen nach außen zu vermitteln und zu zeigen, dass sich Chemnitz aktiv mit seiner Iden-

tität und dem Rechtsextremismus auseinandersetzt. Daher sind die Aufarbeitung der Zeit des NSU in Chemnitz und auch die klare Positionierung für Weltoffenheit, für eine europäische Identität und für Demokratie wichtige Bestandteile der Kulturhauptstadt 2025. Dies setzt einen Rahmen für das Programm des Kulturhauptstadt-Jahres 2025.

Hingegen zeigen europaweite Wahlergebnisse, laut denen vermehrt rechtsextreme und rechtspopulistische Bewegungen und Parteien Macht und Einfluss gewinnen (European Parliament 2024), dass dies nicht selbstverständlich ist. Demokratie sowie die damit einhergehenden Werte von Gerechtigkeit und Gleichheit werden von (rechts-)populistischen Gruppierungen und Parteien offen angezweifelt. Dennoch zeigt sich anhand der jüngsten Wahlergebnisse zur Europawahl, dass gerade diese Parteien sowohl in Sachsen als auch in ganz Europa immer mehr Zuspruch finden.

Die Europäische Kulturhauptstadt 2025 soll kein Projekt der Politik oder gar von außen sein, sondern von den Chemnitzer Bürger:innen (mit-)gestaltet werden. Dieses Gestaltungspotenzial wird von den Verantwortlichen der Kulturhauptstadt im Handbuch Chemnitz 2025 selbst kritisch gesehen. Sie benennen eine »stille Mitte«, die sich als Folge historischer Umbrüche und schnelllebiger Komplexität der modernen Welt auf das Private konzentriert und sich mit öffentlichen Stellungnahmen zurückhält (Stadt Chemnitz 2024: 13). Um dieser »stillen Mitte« näherzukommen, beschäftigen wir uns in dem vorliegenden Kapitel¹ mit denen, die sich als politische Mitte einordnen, d.h. mit jenen, die sich selbst mittig auf dem politisch links-rechts Kontinuum einordnen. Wir untersuchen, was Menschen in und um Chemnitz, die sich in der politischen Mitte einordnen, von denen unterscheidet, die sich eher an den politischen Rändern verorten und in welche politische und gesellschaftliche Stimmung die Kulturhauptstadt in Chemnitz und Umgebung hineinfällt. Weiterhin gehen wir auf einen zentralen Punkt der Kulturhauptstadt 2025 ein: Wie bringt sich »stille Mitte« politisch in Chemnitz ein?

1. Die Kulturstrategie der Stadt Chemnitz aus sozialpsychologischer Sicht

Besucht man die Webseite der Chemnitzer Kulturhauptstadt 2025 (<https://chemnitz2025.de/>), so offenbart sich bereits in wenigen Sätzen das übergeordnete Ziel. Es geht darum, Chemnitz als »lebendig und weltoffen« zu präsentieren, Vielfalt, Kreativität und demokratische Werte zu fördern sowie dadurch jegliche Form von Diskriminierung abzulehnen. Wie diese Ziele erreicht werden sollen, wird in der Hand-

1 Dieser Beitrag wurde mitfinanziert durch Mittel auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts.

reichung »Kulturstrategie der Stadt Chemnitz« (Stadt Chemnitz, o. D.) beschrieben. Die Chemnitzer Bürger:innen sollen sich selbst wieder als politische Subjekte begreifen, die das Leben in der Stadt nicht nur aktiv mitgestalten können, sondern auch wollen.

Dabei wird die Wichtigkeit der Beziehung der Stadt und ihrer Bürger:innen betont, die im Idealfall von gegenseitiger Verantwortung und Anerkennung geprägt ist. Antworten darauf, wie diese erreicht werden sollen, finden sich im »Handbuch Chemnitz 2025« (Stadt Chemnitz 2024). Ziel sei es, die »stille Mitte« (Stadt Chemnitz 2024: 13) zu politisieren und eine gemeinsame europäische Identität zu fördern. Allerdings wird die Strategiebeschreibung nicht sehr viel deutlicher, ausgearbeitete Methoden zur Förderung von Bürger:innenbeteiligung bleiben aus. Hingegen nimmt das Image der Stadt eine große Rolle ein. Dort heißt es: »So steht Chemnitz stellvertretend für andere Städte Europas, deren Entwicklungspotenzial von zeitgeschichtlichen Umwälzungen ausgebremst wurde, deren Identität entlang der ideellen Grenze des Eisernen Vorhangs nachhaltig gebrochen wurde, und die den Schmerz der Abwanderung und der permanenten Konkurrenz mit einem besseren Anderswo kennen.« (S. 5). So tun sich im Grunde zwei Ziele auf: die Verbesserung des Ansehens der Stadt Chemnitz sowie die Förderung politischer Beteiligung der Bürger:innen als wichtiger Grundpfeiler der Demokratie.

Aus psychologischer Sicht ist eine gemeinsame Identität eine durchaus geeignete Grundlage für politische Partizipation: Um sich die eigene soziale Umwelt leichter verständlich zu machen, tendieren Menschen dazu, Personen in Eigen- und Fremdgruppen einzuteilen. Eine Eigengruppe kann zum Beispiel der lokale Fußballverein sein, während die Fremdgruppe der Verein aus der Nachbarstadt ist. Durch die Zugehörigkeit zu einer Gruppe entsteht eine soziale Identität, die zu einem positiven Selbstwert führt (Tajfel/Turner 1979) und das menschliche Bedürfnis nach Sicherheit befriedigt (Hogg/Adelman 2013). Besonders bei großer Unsicherheit bevorzugen Menschen die Zugehörigkeit zu Gruppen mit eindeutigen Prototypen, also dem Wissen darum, was die Menschen in dieser Gruppe ausmacht, und klaren Gruppengrenzen, die es ermöglichen, andere eindeutig in diese Gruppe ein- oder auszuschließen (Hogg et al. 2007). Somit geht es bei der Selbstidentifikation mit einer Gruppe und deren Merkmalen auch immer darum, sich von anderen abzugrenzen. Eine europäische Identität im Sinne der Kulturhauptstadt ist dementsprechend nur bedingt geeignet, um das primäre Bedürfnis nach Zugehörigkeit zu stillen, da es sich bei »Europa« um eine sehr große und heterogene Gruppe handelt. Die Identifikation als die eigene Stadt aktiv und konstruktiv gestaltende Chemnitzer:in könnte hingegen eine geeignetere Option zur positiven Kategorisierung sein, weil sie deutlichere Gruppengrenzen anbietet und das Bild der handlungsfähigen und anpackenden Macher:innen als Prototyp verstanden werden kann. Als Folge dieser Identifikation werden allerdings auch wieder die Grenzen zu anderen Gruppen

sichtbarer, was zur Abwertung von Mitgliedern anderer Gruppen und schlimmstenfalls zu Intergruppenkonflikten führen kann (Hewstone/Greenland 2000).

Einen positiven Einfluss hat nach dem *Common Ingroup Identity Model* (Gaertner/Dovidio 2000) hingegen das Bilden einer weiteren, übergeordneten Identität. Demnach könnte eine »europäische Identität«, auch wenn sie als primärer Bezugsrahmen ungeeignet scheint, sich auf einer übergeordneten Ebene durchaus positiv auswirken. Nach Gaertner und Dovidio (2000) kommt es durch Intergruppenkontakt zu einer *Rekategorisierung* der Gruppen. Durch positive Kontakterfahrungen mit Personen, die zuvor als Fremdgruppen-Mitglieder wahrgenommen wurden, bildet sich eine neue, gemeinsame Identität heraus. Somit bestehen gegenüber dieser neuen, größeren Gruppe auch positive Eigengruppen-Emotionen. Dabei können andere Sub-Identitäten bestehen bleiben. Eine gemeinsame europäische Identität könnte durchaus eine solche übergeordnete Identität darstellen. Das würde bedeuten, dass Chemnitzer:innen sich als Sub-Identität als solche begreifen und auf einer übergeordneten Ebene als Europäer:innen. Das setzt in erster Linie aber voraus, dass die Identifikation auf Stadtebene besteht. Duale Identitäten wirken sich außerdem positiv auf weitere Intergruppenkontakte aus (González/Brown 2006) und fördern politisches Engagement (Simon/Ruhs 2008). Der Ausbau einer offenen Chemnitz-Identität könnte also langfristig positive Auswirkungen haben.

2. Die Demokratiezufriedenheit der »politischen Mitte«

Die politische Mitte ist keine feste Gruppe und auch als Kategorie sehr unbestimmt (Lenk 2009). Der Begriff bezeichnet grob diejenigen, die sich zwischen den politischen Polen auf dem links-rechts Kontinuum positioniert sehen. Was die politische Mitte oder gar die Mitte der Gesellschaft ausmacht, ist dabei sehr von den jeweiligen Akteur:innen abhängig, die diesen Begriff verwenden (Benedikter 2022). Wenn Parteien den Begriff der Mitte verwenden, so tun sie dies häufig, um die breite Wähler:innenschaft anzusprechen und sich gegen jeglichen Extremismus zu positionieren. Was als extrem und nicht zur Mitte zugehörig gilt, liegt aber am Standpunkt der jeweiligen Betrachter:innen und in Zeiten der politischen Polarisierung, wie wir sie heute erleben, sind Positionen anderer politischer Lager schnell als »extremistisch« markiert und die eigene Position wird als die der Mitte wahrgenommen.

Man sollte also bei der Betrachtung der Mitte nicht den Fehler machen, diese als unpolitisch zu verstehen (Lenk 2009). Die politische Mitte ist eine ideologische Ausrichtung, die sich von den politischen Extremen abwendet, ohne genauer zu definieren, welches diese seien. Seit fast zwei Jahrzehnten realisiert und publiziert die Friedrich-Ebert-Stiftung die sogenannten *Mitte-Studien*. Alle zwei Jahre beschreibt diese Untersuchung, was es inhaltlich mit der politischen Mitte auf sich hat, zieht Verbindungen zu ideologischen Einstellungen und berichtet über politische Trends.

Dabei geht es auch um die Zufriedenheit mit und das Vertrauen in die Demokratie als solche. Beides sind wichtige Grundlagen für die politische Partizipation der Bürger:innen, die wiederum selbsterhaltender Teil der Demokratie ist. In der aktuellen Mitte-Studie wird die zentrale Rolle der Mitte für die Demokratie beschrieben, da das »Modell einer normgebenden und ausgleichenden Mitte« gerade in Krisenzeiten Demokratien leitet (Zick et al. 2023: 24).

In der aktuellen Studie »Distanzierte Mitte« (Zick et al. 2023) beschreiben die Autor:innen, dass die Mitte schrumpft: 2023 verordnen sich nur noch 55 % der Teilnehmer:innen »genau in der Mitte«, das sind 7,5 % weniger als 2021. Diese Veränderung könnte auf eine Tendenz zur Orientierung in Richtung der politischen Ränder hindeuten und auf den politischen Krisen der letzten Jahre, wie etwa der Covid19-Pandemie, der Inflation, dem Krieg in der Ukraine oder der Klimakrise beruhen. Es ist anzunehmen, dass ein Schrumpfen der politischen Mitte auch ein Ausdruck von Demokratieunzufriedenheit sein kann. Die aktuelle Mitte-Studie spricht hier sogar von einer weltweiten Abnahme der Demokratiezufriedenheit, besonders in der jüngeren Generation (Küpper et al. 2023). Gerade in Ostdeutschland sei das Vertrauen in die Demokratie deutlich geringer als im Westen (Best et al. 2023; Westle 2022).

Der von der Sächsischen Staatskanzlei in Auftrag gegebene Sachsenmonitor bildet seit 2016 regelmäßig die politische Stimmung im Freistaat ab. Dabei wird auch die Zufriedenheit mit der Demokratie erfasst. In der aktuellen Befragung von 2023 gaben 83 % der ca. 2000 befragten sächsischen Bürger:innen an, dass sie die Demokratie allgemein für eine gute Regierungsform halten. Dies stellt zwar eine relativ hohe Zufriedenheit dar, die auf dem gleichen Niveau liegt wie bei der ersten Befragung 2016, gleichzeitig aber einen Rückgang um 8 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr markiert. Weniger positiv fällt die Einschätzung aus, wie die Demokratie in Deutschland in der Praxis funktioniert. Hier gaben 2023 41 % der Befragten an, dass sie sehr oder eher zufrieden sind, was einen deutlichen Rückgang um 18 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr darstellt. 2016 waren 51 % mit der Praxis der Demokratie in Deutschland eher oder sehr zufrieden.

Auch deutschlandweit zeigt sich in der aktuellen Mitte-Studie zu der Aussage »Die deutsche Demokratie funktioniert im Großen und Ganzen ganz gut« eine Zustimmung von knapp 57 %, was gegenüber der Befragung von 2018/2019 einen Rückgang von ca. 8 Prozentpunkte markiert (Zick et al. 2023). Unter der sinkenden Demokratiezufriedenheit bzw. unter dem Abwenden von der Demokratie leiden folglich auch demokratische Werte wie Würde, Gleichheit und Vielfalt – und tatsächlich ist die Zustimmung zu diesen Werten seit der letzten Erhebung der Mitte-Studien 2018/19 gesunken. Gestiegen ist hingegen die Wahrnehmung, dass die Demokratie bedroht sei, und zwar um 5 % auf 39 %. Die vielleicht besorgniserregendste Entwicklung zeigt sich im Bereich der empfundenen politischen Machtlosigkeit, d.h. ob die Befragten den Eindruck haben, politisch mitsprechen und Einfluss nehmen zu können. Seit der letzten Erhebung 2018/19 (Zick et al. 2019) ist diese um knapp 9 %

auf 39 % gestiegen (Zick et al. 2023). Es ist nicht unwahrscheinlich, dass dies in direktem Zusammenhang zur sinkenden Demokratiezufriedenheit steht. Die Studien zur »Distanzierten Mitte« zeichnen somit das Bild einer Bevölkerung, die allmählich sowohl das Vertrauen in ihr politisches System, als auch den Zugang zur politischen Teilhabe verliert. Dabei sind politisches Vertrauen und Selbstwirksamkeit zentrale Elemente für eine funktionierende Demokratie (siehe u.a. Easton 1975). Besonders unter Personen, die sich selbst auf dem politischen links-rechts Kontinuum als rechts einordnen, sind geringes politisches Vertrauen und der Mangel an politischer Selbstwirksamkeit ausgeprägt (Küpper et al. 2023).

3. Die politische Mitte in Chemnitz

Um für dieses Kapitel die politische Mitte in Chemnitz zu beschreiben, haben wir auf Daten aus dem Projekt *Sicherheit und Kriminalität in Sachsen* (SKiSAX; Melcher et al. 2024) zurückgegriffen, die von dem *Sächsischen Institut für Polizei- und Sicherheitsforschung* erhoben wurden. Der Gesamtdatensatz umfasste $N = 5.291$ Personen in Sachsen. Die herangezogene Stichprobe bezog sich auf 1.035 Personen aus Chemnitz sowie den angrenzenden Kommunen, die offiziell zur Kulturregion zählen. Aus diesen 38 Kommunen waren 16 (42,11 %) im vorliegenden Datensatz vertreten. Von den Befragten waren ca. 45 % männlich ($n = 467$), 52,37 % weiblich ($n = 542$) und 26 Personen ordneten sich keinem der beiden Geschlechter zu. Etwa die Hälfte der Befragten waren zwischen 50 und 79 Jahre alt (50,3 %, $n = 521$), 11,25 % waren älter ($n = 112$) und 35,2 % jünger als 50 Jahre ($n = 363$), 3,8 % der Befragten machten zu dieser Frage keine Angaben.

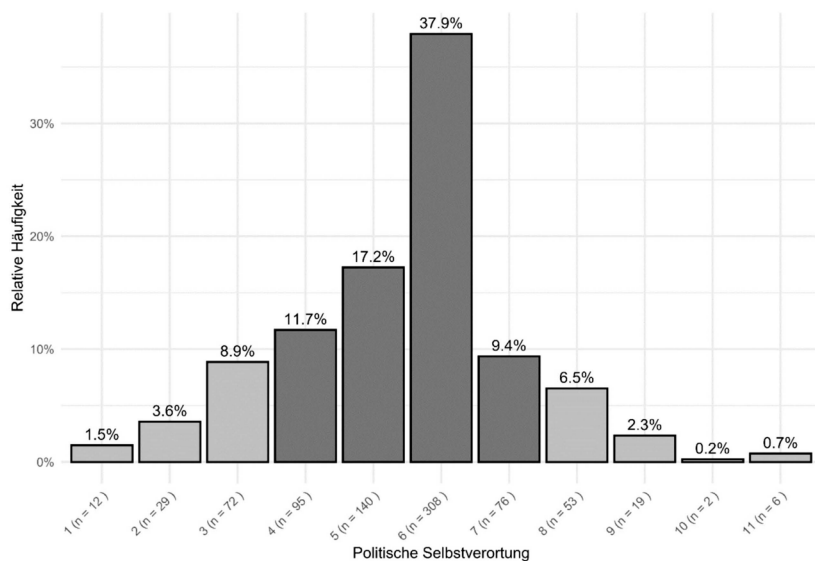
Die politische Mitte wurde basierend auf der Frage nach der politischen Selbstverordnung definiert. Auf einer 11-stufigen Skala sollten die Befragten angeben, wo sie sich auf einem Links-Rechts-Kontinuum einordnen (siehe Abbildung 1). Für unsere Analyse werden alle Proband:innen als der Mitte zugehörig operationalisiert, die sich zwischen den Werten 4 und 7 verortet haben ($n = 619$). Personen gelten dagegen als politisch links, die Werte kleiner 4 ($n = 113$), und als politisch rechts, die Werte größer 7 angegeben haben ($n = 80$).²

Im Folgenden wollen wir die politische Mitte und die Menschen, die sich dort verorten, mit den Menschen, die sich eher rechts oder links der Mitte positionieren, vergleichen, um zu beschreiben, wie sich diese ideologischen Orientierungen in wichtigen sozialen Aspekten für die Kulturhauptstadt unterscheiden. Somit hoffen

2 Wir haben uns dazu entschieden, auch Personen mit dem Wert 8 in der Gruppe »rechts« einzuordnen, da diese Gruppe sonst sehr klein gewesen wäre und die Analysen weniger aussagekräftig wären.

wir dem Kern dessen, was die politische Mitte in Chemnitz und Umgebung bewegt, etwas näherzukommen.

Abbildung 1: Politische Selbstverortung der Stichprobe



Quelle: Eigene Darstellung.

Wie oben beschrieben, ist ein Ziel der Kulturhauptstadt die Abwendung vom Bild der zerrissenen Stadt Chemnitz hin zu einer Stadt, die sich mit Rechtsextremismus auseinandersetzt und sich zu Weltoffenheit, einer europäischen Identität und der Demokratie bekennt. Einstellungen zu diesen Aspekten wurden im hier vorliegenden Datensatz nur zum Teil abgefragt, aber wir können ähnliche und mit diesen Aspekten zusammenhängende Konstrukte nutzen, um uns dem Gegenstand unseres Interesses zu nähern. Dazu werden wir zunächst auf die wahrgenommene *soziale Kohäsion* eingehen, die den gefühlten Zusammenhalt der Region ausdrückt. Ein so großes und inkludierendes Projekt wie die Europäische Kulturhauptstadt führt zu vielen Kooperationen innerhalb der Stadt (Beteiligungen von Institutionen, Wirtschaft, Verwaltungen, Vereinen und Initiativen) und über die Stadt hinaus (Kulturregion). Aber wie ist es um das Gefühl des Zusammenhalts bei den Bürger:innen bestellt?

Anschließend wollen wir auf die bereits oben angesprochene Wahrnehmung der Demokratie eingehen. Die Kulturhauptstadt ist auch ein Projekt zur Stützung und

Förderung der Demokratie und der mit ihr verbundenen Werte. Wenn wir also begreifen wollen, wie die politische Mitte dieses Projekt annimmt, ist es ratsam zu untersuchen wie sie selbst zur Demokratie steht. In diesem Zusammenhang werden wir auch das *Vertrauen in die Institutionen der Demokratie*, insbesondere in Wahlen und Parteien betrachten. Darüber hinaus möchte sich die Stadt Chemnitz in ihrer Rolle als Europäische Kulturhauptstadt kritisch mit Rechtsextremismus auseinandersetzen, der sich nicht nur durch die Ausschreitungen 2018 und den NSU zeigte. Daher ist aus unserer Sicht auch wichtig, wie die politische Mitte in Chemnitz zu *Extremismus* steht. Der letzte Aspekt, den wir für die politische Mitte betrachten, baut auf den vorhergehenden auf und ist essentiell für die Kulturhauptstadt – die *politische Partizipation*. Das Projekt Europäische Kulturhauptstadt lebt, neben der politischen und wirtschaftlichen Organisation, von der Beteiligung der Bürger:innen, die aktiv daran teilhaben. Das Projekt ist insofern politisch, als es die demokratische Teilhabe und das zivilgesellschaftliche Engagement der Bevölkerung zu fördern sucht. Daher erscheint es uns auch wichtig, zu betrachten, wie es um die Bereitschaft zur politischen Partizipation in der politischen Mitte in Chemnitz bestellt ist.

Zum Abschluss unserer Analysen werden wir die deskriptive Ebene verlassen und betrachten, wie diese Einstellungen, Wahrnehmungen und Verhaltensintentionen miteinander zusammenhängen.

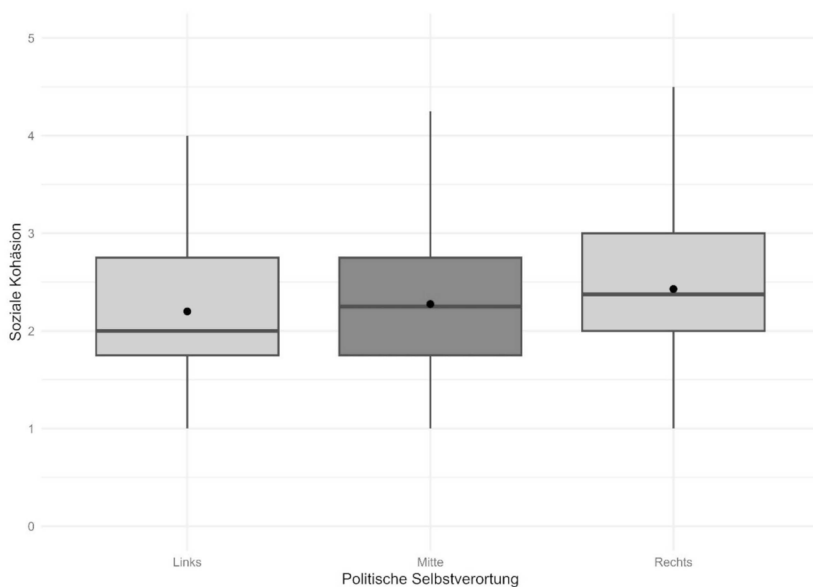
3.1 Soziale Kohäsion

Unter sozialer Kohäsion versteht man den Zusammenhalt einer sozialen Gruppe, der sich vor allem durch gemeinsame Motive und Ziele ergibt (Coleman 1988; Putnam et al. 1994; Putnam 2001). Sie gilt auch als die Fähigkeit einer Gruppe, Marginalisierung zu vermeiden und das Wohlergehen aller zu gewährleisten (Moisl 2019). Die hier untersuchte soziale Kohäsion bezieht sich auf die unmittelbare Wohngegend der Befragten (Sampson et al. 1997) und wurde mittels vier Items erhoben: »Die Leute in meiner Wohngegend helfen sich gegenseitig«, »Man kann den Leuten in meiner Wohngegend vertrauen«, »Die Leute in meiner Wohngegend haben keine gemeinsamen Werte« (invers) und »Die Leute in meiner Wohngegend haben keinen Respekt vor Gesetz und Ordnung« (invers). Für die Analysen wurde ein Skalenmittelwert der Items gebildet, wobei die interne Konsistenz der Skala mit McDonald's $\Omega = .80$ als gut bewertet werden kann.

Abbildung 2 zeigt, dass es insgesamt über das politische Spektrum hinweg nur wenig Unterschiede gab, alle Werte befanden sich zwischen 2 und 3 und somit genau in der Mitte der fünf-stufigen Skala. Eine Varianzanalyse bestätigte diese Vermutung, $F(2,806) = 2.267, p = .104$. Soziale Kohäsion ist für unsere Analyse insofern interessant, als eine gemeinsame Identität zum einen Grundlage dafür ist, die eigene Umwelt politisch aktiv zu gestalten (van Zomeren et al. 2008) und zum anderen eine zentrale Rolle in der Strategie der Kulturhauptstadt spielt.

Allerdings ist die soziale Kohäsion eher schwach ausgeprägt, alle Gruppenmittelwerte liegen unterhalb der Mitte der Skala (Abbildung 2). Der gesellschaftliche Zusammenhalt in den Chemnitzer Nachbarschaften ist demnach nicht besonders hoch (das bedeutet aber nicht zwangsläufig, dass er in Chemnitz schwächer als in anderen Regionen ausgeprägt wäre). Dies kann ein Hinweis auf ein fehlendes »Wir-Gefühl« sein, das aber ein wesentliches Element einer sinnstiftenden gemeinsamen Identität wäre. Die häufig zum Ausdruck gebrachte Wahrnehmung, in Chemnitz sei das gesellschaftliche Klima derzeit nicht sonderlich gut, wird von diesem Befund gestützt.

Abbildung 2: Soziale Kohäsion, aufgeschlüsselt nach politischer Selbsteinordnung



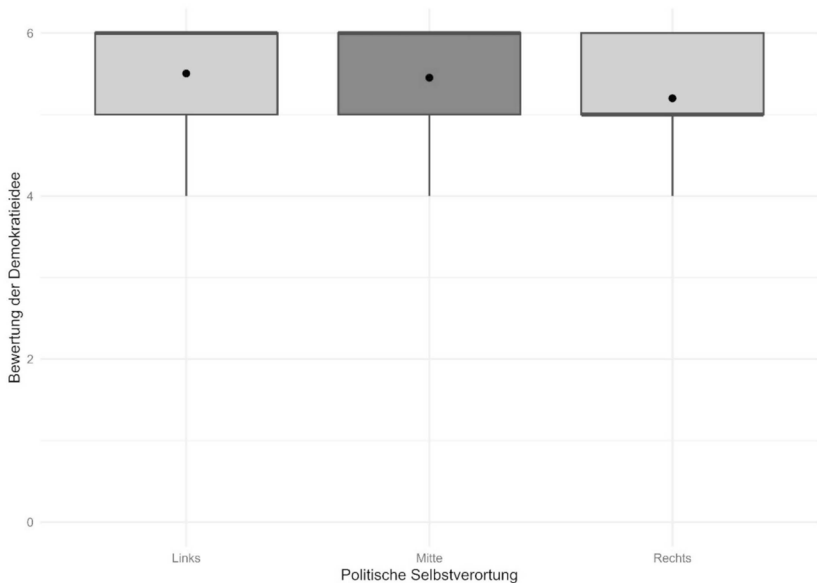
Quelle: Eigene Darstellung.

3.2 Einstellungen zur Demokratie

Einstellungen zur sowie das Vertrauen in die Demokratie sind wichtige Prädiktoren für politische Partizipation (Hooghe/Marien 2012; Quintelier/van Deth 2014), zu der die verschiedenen Workshops und Veranstaltung des Kulturhauptstadt-Programms gezählt werden können. Wir wollen durch Betrachtung dieser Variablen einen ersten Hinweis für die Bereitschaft der Chemnitzer Bürger:innen bekommen, dieses Angebot wahrzunehmen und aktiv daran teilzuhaben.

Die Einstellung zur Demokratie wurde im vorliegenden Datensatz mit der Frage »Einmal abgesehen davon, wie gut die Demokratie in Deutschland funktioniert: Wie wichtig ist es für Sie, in einem Land zu leben, das demokratisch regiert wird?« erfasst und auf einer Skala von 1 (*sehr unwichtig*) bis 6 (*sehr wichtig*) eingeschätzt. Wie in Abbildung 3 zu sehen ist, wurde die Demokratieidee als solche von Personen links der Mitte ($M = 5.5, SD = 0.81$) und Personen in der Mitte ($M = 5.45, SD = 0.76$) positiver bewertet als Personen rechts der Mitte ($M = 5.2, SD = 0.89$). Eine Varianzanalyse bestätigte die Gruppenunterschiede, $F(2, 805) = 4.21, p = .015$. Ein Mittelwertvergleich zeigte zudem, dass Personen rechts der Mitte die Demokratieidee signifikant negativer bewerteten als Personen in der Mitte ($t(805) = 2.67, p = .020$) oder links der Mitte ($t(805) = 2.71, p = .020$). Insgesamt ist die Unterstützung der Demokratie als Idee über alle politischen Lager hinweg jedoch relativ hoch. Der Gesamtmittelwert lag bei $M = 5.4$ ($SD = 0.82$).

Abbildung 3: Bewertung der Demokratieidee, aufgeschlüsselt nach politischer Selbsteinordnung

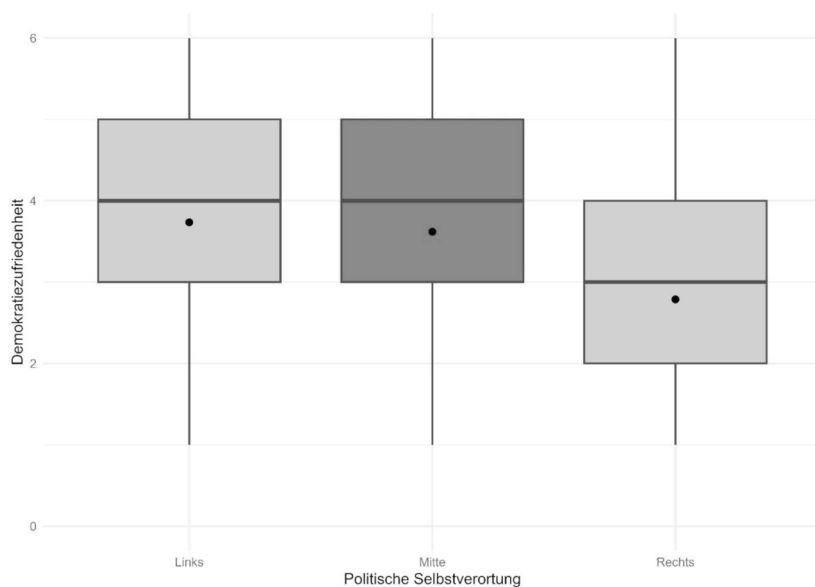


Quelle: Eigene Darstellung.

Noch differenzierter sieht das Bild zur Demokratiezufriedenheit aus, welche mit der Frage danach erfasst wurde, ob die Befragten mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem zufrieden seien. Antworten

konnten auf einer Skala von 1 (*sehr unzufrieden*) bis 6 (*sehr zufrieden*) gegeben werden. Abbildung 4 zeigt, dass Personen rechts der Mitte deutlich weniger zufrieden damit sind, wie die Demokratie in Deutschland praktiziert wird ($M = 2.79$, $SD = 1.3$), als Personen in der Mitte ($M = 3.62$, $SD = 1.34$) oder links der Mitte ($M = 3.73$, $SD = 1.35$). Auch hier zeigte die Varianzanalyse einen signifikanten Unterschied zwischen den politischen Gruppen, $F(2, 805) = 14.92$, $p < .001$, mit niedrigeren Zufriedenheitswerten rechts der Mitte im Vergleich zur Mitte ($t(805) = 5.24$, $p < .001$) oder Personen links der Mitte ($t(805) = 4.85$, $p < .001$).

Abbildung 4: Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland, aufgeschlüsselt nach politischer Selbsteinordnung



Quelle: Eigene Darstellung.

Während also die Demokratie als grundlegende Idee politischer Vergemeinschaftung über alle politischen Lager hinweg große Unterstützung erfährt, ist das beim realen Funktionieren dieser Demokratie in Deutschland anders. Hier zeigt sich insgesamt geringere Zufriedenheit und sogar einige Unzufriedenheit insbesondere bei Menschen, die sich selbst als politisch rechts verorten. Wenngleich diese Unzufriedenheit eher als Verdruss über praktizierte Politik denn über die Staatsform als solche zu verstehen sein kann, kann solcherlei Unzufriedenheit langfristig auch in eine Erosion der Unterstützung für das demokratische System

münden. Dennoch ist festzuhalten, dass die grundsätzliche Unterstützung der Idee der Demokratie eine Grundlage für ein verbindendes Narrativ im Kulturhauptstadtprogramm sein kann. Darin liegt eine schwierige Aufgabe für politische und zivilgesellschaftliche Akteur:innen gleichermaßen – zumal es freilich auch unsachgemäßen Vorstellungen von Demokratie (etwa als Umsetzungsmechanik eines als homogen angenommenen Volkswillens) entgegenzutreten gilt, ohne dabei Bürger:innen zu verschrecken, die sich im demokratischen Spektrum bewegen.

3.3 Vertrauen

Vertrauen in Institutionen ist in einer Demokratie zentral, weil die Bürger:innen einen Teil ihrer Handlungsfähigkeit an diese abgeben und daher darauf vertrauen müssen, dass diese sich zu ihrem Wohl einsetzen. Vertrauen ist ein Prädiktor für die Bereitschaft, mit Gruppen zu kooperieren (Ferrin et al. 2008). Darüber hinaus ist Vertrauen in politische Institutionen ein wichtiger Prädiktor für politische Partizipation (Hooghe/Marien 2012). Daher sollte das Vertrauen der Chemnitzer Bevölkerung auch eine wichtige Grundlage dafür sein, wie die Maßnahmen des Kulturhauptstadtprogramms angenommen werden.

Im Folgenden beschäftigen wir uns nun mit der Frage, wie hoch das Vertrauen der Chemnitzer:innen in Institutionen ist, die die Demokratie repräsentieren und Bürger:innen im Parlament vertreten: Politiker:innen und Parteien. Abbildung 5 zeigt, wie hoch das Vertrauen in den Bundestag, die Bundesregierung, den sächsischen Landtag, die sächsische Landesregierung sowie in politische Parteien auf Bundes- und Landesebene ist. Gemessen wurde das Vertrauen jeweils auf Skalen von 1 (*gar kein Vertrauen*) bis 5 (*vollstes Vertrauen*).

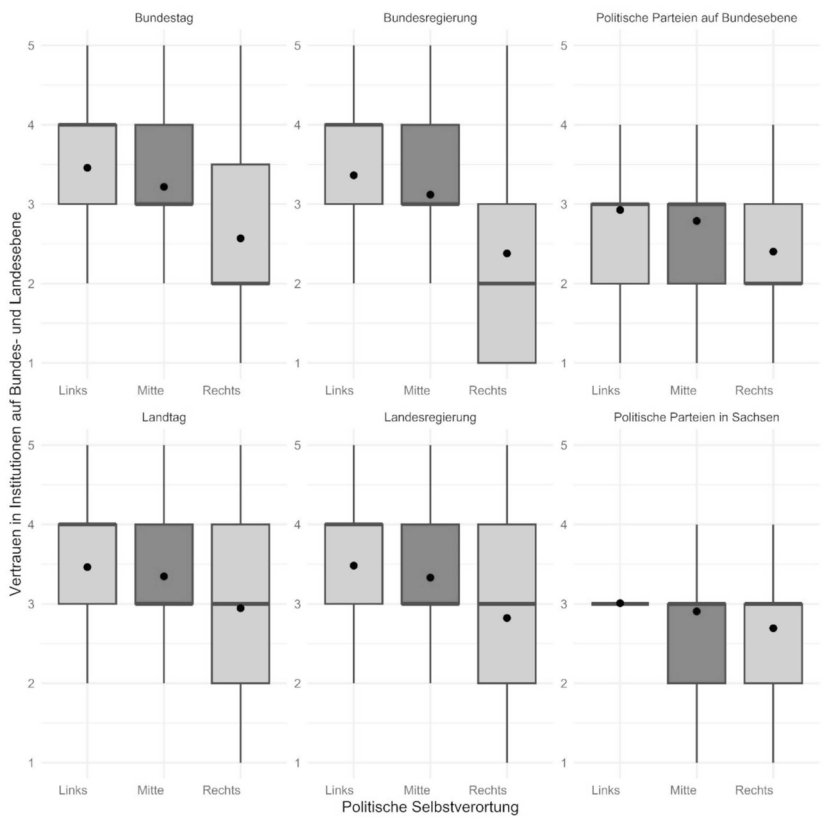
Bei allen evaluierten Institutionen auf Bundes- und Landesebene ließ sich ein deutlicher Einfluss der politischen Selbstverortung der Befragten erkennen (siehe Tabelle 1). Personen, die sich politisch links einordnen, hatten durchweg ein höheres Vertrauen in zentrale Institutionen als Personen, die sich in der politischen Mitte oder rechts davon verorteten. Diese Unterschiede waren besonders stark zwischen den beiden polaren Enden der Skala ausgeprägt.

Besonders auffällig war, dass das Vertrauen in politische Institutionen sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene bei politisch rechts verorteten Personen signifikant geringer war. Das deutet darauf hin, dass diese Gruppe stärker von einer kritischen bis ablehnenden Haltung gegenüber den bestehenden politischen Strukturen geprägt war. Im Gegensatz dazu zeigte sich bei den links verorteten Personen ein ausgeprägteres Vertrauen, was deren positivere Haltung gegenüber den staatlichen Institutionen unterstreicht.

Diese Ergebnisse lassen darauf schließen, dass die politische Verortung nicht nur mit der allgemeinen politischen Meinung, sondern auch mit dem Vertrauen und der Akzeptanz gegenüber zentralen politischen Institutionen zusammenhängt. Für

das Projekt der Europäischen Kulturhauptstadt 2025 in Chemnitz könnte dies bedeuten, dass Bemühungen um eine breite Bürger:innenbeteiligung und die Förderung einer gemeinsamen europäischen Identität besonders in der politischen Mitte und links davon auf fruchtbaren Boden stoßen. Im rechten Spektrum gibt es hingegen möglicherweise größere Herausforderungen, das Vertrauen und eine aktive Beteiligung am Kulturhauptstadtprogramm zu fördern. Weil allerdings der politisch rechte Teil der Bevölkerung – abgesehen von echten Demokratiefeinden – ein wichtiger Teil der Chemnitzer Bürgerschaft ist, sollten entsprechende Bemühungen durchaus unternommen werden.

Abbildung 5: Vertrauen in Politik und Parteien, aufgeschlüsselt nach politischer Selbsteinstellung



Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 1: Varianzanalyse und Mittelwertvergleiche von Vertrauen in Institutionen nach politischer Selbsteinordnung

	Links	Mitte	Rechts			
	M (SD)	M (SD)	M (SD)	F	P	η^2
Bundestag	3.46 (0.92) ^a	3.22 (0.95) ^b	2.57 (1.13) ^c	20.53	< .001	.05
Bundesregierung	3.36 (1.01) ^a	3.12 (1.01) ^b	2.38 (1.12) ^c	23.21	< .001	.05
Bundesparteien	2.93 (0.89) ^a	2.79 (0.86) ^a	2.40 (0.94) ^b	8.69	< .001	.02
Landtag	3.46 (0.90) ^a	3.35 (0.84) ^a	2.95 (1.04) ^b	8.50	< .001	.02
Landesregierung	3.48 (0.90) ^a	3.33 (0.89) ^a	2.82 (1.13) ^b	12.41	< .001	.03
Landesparteien	3.01 (0.81) ^a	2.91 (0.78) ^a	2.69 (1.01) ^b	3.47	.032	.01

Hinweis: Mittelwerte mit unterschiedlichen Buchstaben (^{a,b,c}) innerhalb einer Zeile unterscheiden sich signifikant voneinander ($p < .05$).

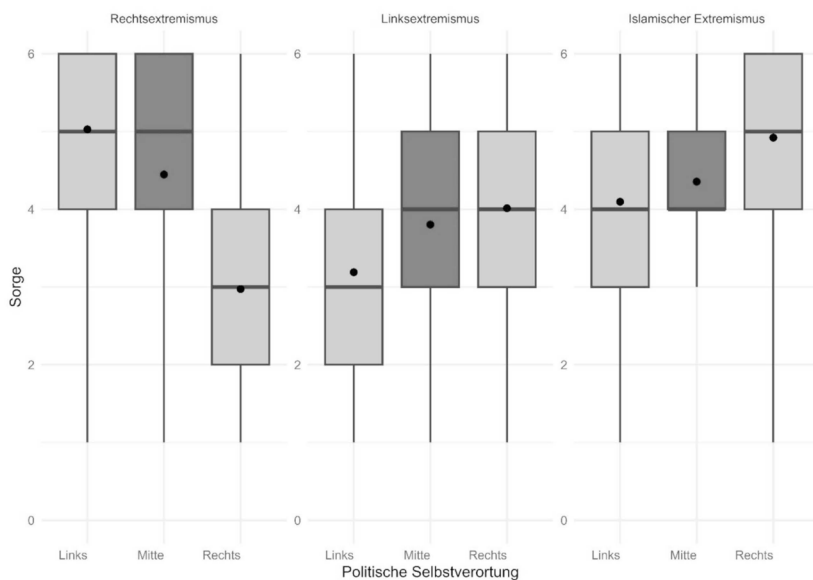
Quelle: Eigene Darstellung.

3.4 Politischer Extremismus

Die Wahrnehmung von politischem Extremismus ist stark von der eigenen politischen Orientierung geprägt. Je weiter rechts sich Personen einordnen, desto weniger stark nehmen sie Rechtsextremismus als ein Problem wahr und desto stärker fokussieren sie auf die Problematik des Linksextremismus. Wir sind daran interessiert, wie sich die politische Mitte in Chemnitz an dieser Stelle verortet – insbesondere vor dem Hintergrund der Kulturhauptstadtstrategie, die die Aufarbeitung und Thematisierung des Rechtsextremismus in Chemnitz als einen zentralen Aspekt herausgestellt hat. Wir möchten uns aber nicht nur mit der Wahrnehmung von Rechtsextremismus, sondern auch von Linksextremismus und islamistischem Extremismus beschäftigen und analysieren, wie die politische Mitte in Chemnitz diese potenziellen Bedrohungen der Demokratie wahrnimmt. Politischer Extremismus zeichnet sich zum einen durch die Ablehnung anderer politischer Haltungen ab und zum anderen durch die Ablehnung der demokratischen Verfassung (Backes 1989). Politischer Extremismus ist oft durch eine starke Wahrnehmung von Gruppengrenzen gekennzeichnet, bei der ein vereinfachendes »Freund-Feind-Denken« eine zentrale Rolle spielt. Diese zeigt sich einerseits in der Bereitschaft, Gewalt zur

Durchsetzung eigener Ziele einzusetzen, und andererseits darin, dass politische Gewalt in den meisten Kulturen als extremistisch eingestuft wird, weil sie nicht den gesellschaftlichen Normen entspricht (Jasko et al. 2020). Die Proband:innen wurden befragt, inwiefern sie Sorge vor politischem Extremismus haben bzw. wie sehr sie die demokratische Ordnung in Deutschland davon bedroht sehen. Dazu beleuchten wir in Abbildung 6 die Sorge vor Extremismus (von 1 – keine Sorge bis 6 – sehr große Sorge) und in Abbildung 7 die wahrgenommene Bedrohung durch Extremismus (von 1 – sehr gering bis 5 sehr hoch).

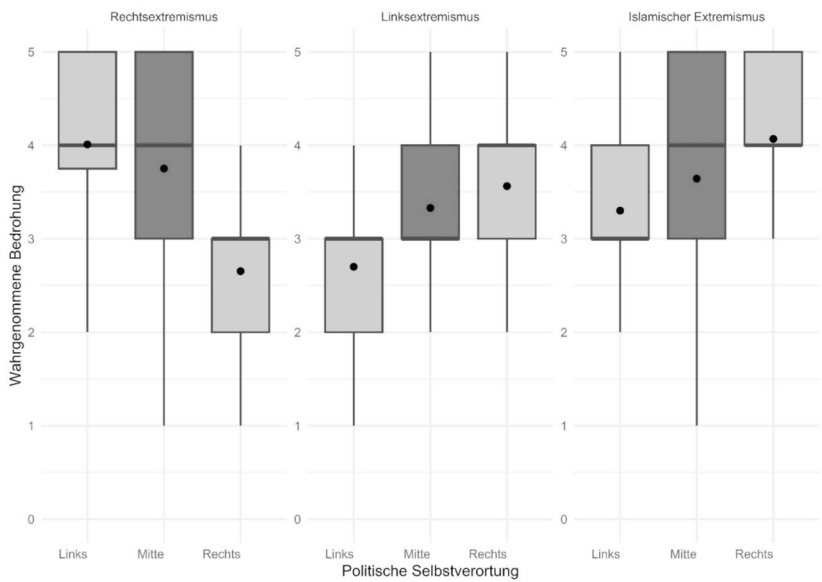
Abbildung 6: Sorge vor politischem Extremismus, aufgeschlüsselt nach politischer Selbsteinordnung



Quelle: Eigene Darstellung.

Wie in Abbildung 6 und Abbildung 7 zu sehen ist, zeigt sich auch hier ein deutlicher Zusammenhang zwischen der politischen Selbstverortung und Sorge vor bzw. wahrgenommener Bedrohung durch politischen Extremismus. Eine Varianzanalyse bestätigt diese visuelle Analyse (siehe Tabelle 2 und Tabelle 3).

Abbildung 7: Wahrgenommene Bedrohung durch politischen Extremismus, aufgeschlüsselt nach politischer Selbsteinordnung



Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 2: Varianzanalyse und Mittelwertvergleiche von Sorge vor politischem Extremismus nach politischer Selbsteinordnung

	Links	Mitte	Rechts			
	M (SD)	M (SD)	M (SD)	F	P	η^2
Rechtsextr.	5.03 (1.18) ^a	4.45 (1.25) ^b	2.97 (1.36) ^c	63.22	< .001	.14
Linksextr.	3.19 (1.31) ^a	3.80 (1.19) ^b	4.01 (1.38) ^b	13.15	< .001	.03
Islamischer Extr.	4.10 (1.25) ^a	4.36 (1.33) ^a	4.92 (1.31) ^b	8.95	< .001	.02

Hinweis: Mittelwerte mit unterschiedlichen Buchstaben (^{a,b,c}) innerhalb einer Zeile unterscheiden sich signifikant voneinander ($p < .05$).

Quelle: Eigene Darstellung.

Tabelle 3: Varianzanalyse und Mittelwertvergleich der wahrgenommenen Bedrohung durch politischen Extremismus nach politischer Selbsteinordnung

	Links	Mitte	Rechts			
	M (SD)	M (SD)	M (SD)	F	P	η ²
Rechtsextr.	4.01 (0.92) ^a	3.75 (0.99) ^b	2.65 (1.10) ^c	47.05	< .001	.11
Linksextr.	2.70 (0.99) ^a	3.33 (0.99) ^b	3.56 (1.10) ^b	20.24	< .001	.05
Islamischer Extr.	3.30 (1.02) ^a	3.64 (1.18) ^b	4.07 (1.13) ^c	9.10	< .001	.03

Hinweis: Mittelwerte mit unterschiedlichen Buchstaben (^{a,b,c}) innerhalb einer Zeile unterscheiden sich signifikant voneinander ($p < .05$).
Quelle: Eigene Darstellung.

Bei der Wahrnehmung von Rechtsextremismus wird deutlich, dass politisch links verortete Personen die größte Sorge äußern, während rechts verortete Personen diese Bedrohung signifikant geringer einschätzen. Personen in der politischen Mitte nehmen den Rechtsextremismus ebenfalls als bedrohlich wahr, allerdings in geringerem Maße als links verortete Personen. Dieses Muster zeigt, dass Rechtsextremismus von linksorientierten Personen als eine größere Gefahr betrachtet wird als von rechtsorientierten Personen.

Hinsichtlich des Linksextremismus sind es vor allem Personen in der Mitte und rechts des politischen Spektrums, die größere Sorgen äußern, während politisch links verortete Befragte diese Bedrohung signifikant weniger stark empfinden. Dies deutet darauf hin, dass Linksextremismus insbesondere von jenen als bedrohlich empfunden wird, die sich politisch weiter rechts oder in der Mitte verorten.

Ein ähnliches Muster zeigt sich bei der wahrgenommenen Bedrohung durch islamischen Extremismus. Politisch rechts verortete Personen äußern die größten Sorgen, während links und in der Mitte verortete Personen diese Form des Extremismus als weniger bedrohlich empfinden. Dies könnte darauf hindeuten, dass die Wahrnehmung islamischen Extremismus' stärker von rechten politischen Positionen beeinflusst wird – möglicherweise im Kontext einer breiteren skeptischen Haltung gegenüber Migration und kultureller Vielfalt.

Die starke Polarisierung der Wahrnehmung von Extremismusformen, abhängig von der politischen Selbstverortung, unterstreicht die Herausforderungen, vor denen die politische Kommunikation und das gesellschaftliche Miteinander stehen. Ein tieferes Verständnis dieser Unterschiede ist entscheidend, um Brücken zwischen den verschiedenen politischen Lagern zu bauen und eine gemeinsame Basis für den Umgang mit extremistischen Bedrohungen zu finden.

Insgesamt verdeutlichen diese Ergebnisse, dass die politische Selbstverortung auch mit der spezifischen Sorge vor verschiedenen Formen des Extremismus und der wahrgenommenen Bedrohung durch diese Formen zusammenhängt. Dies ist besonders relevant für den gesellschaftlichen Dialog und die politische Kommunikation in der Region Chemnitz, da unterschiedliche politische Lager offenbar sehr unterschiedliche Bedrohungswahrnehmungen haben. Das führt letztlich auch zu unterschiedlichen Prioritäten in der politischen Agenda und macht entsprechende Aushandlungsprozesse im politischen Diskurs umso notwendiger. Allerdings gibt es in allen politischen Lagern Sorgen vor irgendeiner Form des Extremismus.

In Verbindung mit der über alle Lager hinweg hohen Zustimmung zur Idee der Demokratie (siehe oben) lässt sich also schlussfolgern, dass der gemeinsame Einsatz für Erhalt und Praktizieren von Demokratie durchaus eine verbindende Idee sein kann. Dies beinhaltet auch den Blick auf extremistische Tendenzen, bei denen nicht aus den Augen verloren werden sollte, dass der Rechtsextremismus die größte Bedrohung in Sachsen ist (siehe zum Beispiel das seit Jahren konstant höhere Ausmaß registrierter politisch motivierter Kriminalität von rechts, Polizei Sachsen 2024: 19), was in großen Teilen der Chemnitzer Stadtgesellschaft auch Resonanz findet. Engagement gegen Rechtsextremismus ist demnach, kein »linkes Elitenprojekt«, sondern ein von großen Teilen der Bevölkerung gesehenes gesellschaftliches Problem. Freilich ist die Kommunikation des Umgangs mit Extremismus wichtig und stellt eine Herausforderung mit Blick auf das Kulturhauptstadtprogramm dar. Die begleitende politische Kommunikation muss konkret auf die bestehenden Probleme hinweisen und dabei verschiedene Perspektiven der Chemnitzer:innen ansprechen.

3.5 Politische Partizipation

Die Kulturhauptstadt lebt von der Beteiligung der Bürger:innen – so wie engagierte Chemnitzer:innen sich seit 2017 für die Bewerbung um den Titel Europäische Kulturhauptstadt eingesetzt haben, ist es für das Gelingen der Kulturhauptstadt notwendig, dass die Bürger:innen Teil dieser Kulturhauptstadt sind.

Die Bereitschaft, sich für die Kulturhauptstadt Chemnitz einzusetzen und sich an ihrer Gestaltung zu beteiligen, kann sich unter anderem in der Bereitschaft zur politischen Partizipation manifestieren. Die für diesen Beitrag analysierten Daten aus dem Projekt *Sicherheit und Kriminalität in Sachsen* enthielten aufgrund der thematischen Fokussierung keine Indikatoren für kulturelles oder breiteres gesellschaftliches Engagement, aber für politische Partizipation, d.h. für all jene Verhaltensweisen von Bürger:innen, mit denen sie Einfluss auf politische Entscheidungen auf allen Ebenen des politischen Systems nehmen können (van Deth 2009). Selbstverständlich ist kulturelles Engagement nicht gleichzusetzen mit politischer Partizipation, aber eine Analyse der Bereitschaft, sich am demokratischen Diskurs zu beteiligen, kann Informationen über das politische und gesellschaftliche Engagement

geben. Erfasst wurden vor allem konventionelle bzw. unkonventionelle Partizipationsformen mit der Frage danach, ob die Teilnehmer:innen in den letzten 12 Monaten eine der in Abbildung 8 abgebildeten Möglichkeiten zur politischen Teilhabe wahrgenommen hätten, um politischen Einfluss zu nehmen und ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen. Es konnten mehrere Antworten mit *Ja* oder *Nein* markiert werden.

In Abbildung 8 sind die Häufigkeiten je Partizipationsform und politischer Orientierung dargestellt. Die Mitarbeit in Bürger:inneninitiativen fiel insgesamt gering aus, in keiner politischen Gruppe überschritt der Anteil der Befragten, die hier »Ja« angaben, 6,2 %. Ähnlich verhält es sich bei der Organisation sowie Teilnahme an unangemeldeten Demonstrationen oder dem Verfassen politischer Beiträge in Zeitungen, wo die Anteile jeweils unter 10 % blieben. Ein etwas deutlicherer Unterschied ist bei der Teilnahme an angemeldeten Demonstrationen zu erkennen. Hier beteiligten sich Personen in der politischen Mitte scheinbar seltener als Personen, die sich eher links oder rechts der Mitte definieren. Auch bei der Unterstützung von Wahlkämpfen und politischen Spenden zeigen sich Unterschiede zwischen den politischen Gruppen. Während sich Personen aus der Mitte seltener an Wahlkämpfen und politischen Spenden beteiligen, ist die Teilnahme bei denjenigen, die sich links oder rechts der Mitte verorten, anteilig teils deutlich höher. Eine etwas häufigere Partizipation der politischen Mitte ließ sich lediglich bei Unterschriftensammlungen und Petitionen sowie bei der Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2021 feststellen, die insgesamt über dem Wert der Gesamtstichprobe aus allen Landkreisen Sachsens lag (80,72 %; Bundeswahlleiterin 2024).

Insgesamt offenbaren diese Befunde ein recht niedriges, aber durchaus repräsentatives Niveau an politischer Partizipation (vgl. Statistisches Bundesamt 2021). Auch wenn daraus nicht direkt auf andere Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements geschlossen werden kann, ist doch davon auszugehen, dass auch dieses nicht besonders hoch ausgeprägt ist. Diese Bedingungen sind eher ungünstig, um das Kulturhauptstadtprogramm durch eine breit verankerte, basisorientierte Beteiligung zum Leben zu erwecken.

Diese Ausgangslage sollte aber nicht nur als Hemmnis für das Kulturhauptstadtprojekt begriffen werden. Im Gegenteil können es gerade sinnstiftende Projekte mit lokalem und regionalem Bezug sein, die eine Zivilgesellschaft zu aktivieren helfen, indem sie Anlässe und Ansatzpunkte für Netzwerk- und Strukturbildung schaffen. Es sollte deshalb die Chance nicht verpasst werden, auch nur kleine Ansätze neuen zivilgesellschaftlichen Engagements im Zuge des Projekts nachhaltig zu stärken.

Abbildung 8: Politische Partizipation, aufgeschlüsselt nach politischer Selbsteinordnung

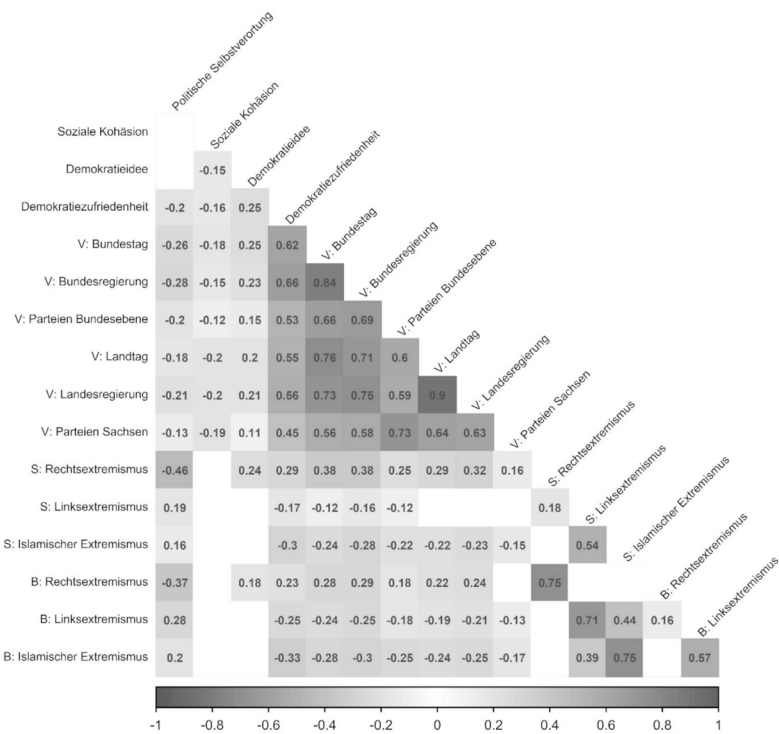


Quelle: Eigene Darstellung.

4. Zusammenhänge zwischen den Einstellungen und Wahrnehmungen

Die bisherige Betrachtung der Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen der politischen Mitte in Chemnitz und den Rändern gibt einen aufschlussreichen Überblick über die Sichtweise der politischen Mitte. Aber wie hängen diese Einstellungen bzw. Einschätzungen untereinander zusammen? Die folgende Abbildung 9 bietet einen Überblick der Korrelationen der untersuchten Konstrukte.

Abbildung 9: Pearson Korrelation der untersuchten Konstrukte untereinander (V = Vertrauen, S = Sorge, B = Bedrohung)



Quelle: Eigene Darstellung.

Die Korrelationen zwischen der politischen Selbstverortung und den in der Analyse einbezogenen Variablen zeigen interessante Muster, die sich weitgehend mit den vorangegangenen Analysen decken. In Abbildung 9 ist dieses Zusammenhangsmuster dargestellt; alle sichtbaren Zusammenhänge wurden auf dem 1 %-Niveau signifikant.

4.1 Politische Selbstverortung und Vertrauen in Institutionen

Es besteht eine signifikant negative Korrelation zwischen politischer Selbstverortung und dem Vertrauen in verschiedene politische Institutionen. Personen, die sich politisch weiter rechts verorten, zeigen weniger Vertrauen in den Bundestag ($r = -$

.26), die Bundesregierung ($r = -.28$), die Parteien auf Bundesebene ($r = -.20$), den Landtag ($r = -.18$), die Landesregierung ($r = -.21$) und die Parteien auf Landesebene in Sachsen ($r = -.21$). Dies deutet darauf hin, dass mit zunehmend eher rechter politischer Selbstverortung ein allgemeines Misstrauen gegenüber politischen Institutionen verbunden ist.

4.2 Politische Selbstverortung und Demokratiezufriedenheit

Es zeigt sich eine signifikant negative Korrelation zwischen politischer Selbstverortung und der Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland ($r = -.20$). Personen, die sich politisch weiter rechts einordnen, sind tendenziell weniger zufrieden mit der Funktionsweise der Demokratie.

4.3 Politische Selbstverortung und Sorgen über Extremismus

Die Daten zeigen eine signifikant positive Korrelation zwischen der politischen Selbstverortung und der Sorge vor Linksextremismus ($r = .19$). Personen, die sich politisch weiter rechts verorten, haben größere Sorgen vor Linksextremismus. Gleichzeitig gibt es negative Korrelationen zwischen politischer Selbstverortung und der Sorge vor Rechtsextremismus ($r = -.46$) sowie der Wahrnehmung einer Bedrohung durch Rechtsextremismus ($r = -.37$). Dies bedeutet, dass rechtsorientierte Personen weniger Bedrohung durch Rechtsextremismus empfinden.

4.4 Politische Selbstverortung und Bedrohung durch Extremismus

Es besteht eine signifikant positive Korrelation zwischen politischer Selbstverortung und der Wahrnehmung einer Bedrohung durch Linksextremismus ($r = .28$) und islamischen Extremismus ($r = .20$). Personen, die sich politisch weiter rechts verorten, sehen eine größere Bedrohung durch diese Formen des Extremismus. Im Gegensatz dazu empfinden linksorientierte Personen eine größere Bedrohung durch Rechtsextremismus.

Allgemein zeichnet sich das Bild einer grundsätzlich der etablierten Demokratie zugewandten politischen Mitte, die politischen Extremismus als potentielle Bedrohung ansieht. Allerdings fehlt es ihr an Vertrauen in politische Institutionen sowie sozialem Zusammenhalt, um sich als politisch wirksames Kollektiv zu begreifen, wobei eine Unzufriedenheit mit dem praktischen Funktionieren der deutschen Demokratie vorliegt. Die Kombination aus einem geringen Vertrauen und einer geschwächten politischen Handlungsfähigkeit stellt wiederum eine Bedrohung für die Demokratie dar: Wenn das politische System es nicht schafft, den derzeitigen und zukünftigen Krisen gerecht zu werden (Covid-19, Inflation, Klimakrise, Ukraine-krieg), so macht dies die politische Mitte anfällig für Radikalisierung (Zick et al.

2023). Besonders Rechtsextreme schaffen es in Krisenzeiten, Unsicherheit und Ängste zu nutzen, um für die politische Mitte attraktiv zu erscheinen und sich dieser anzubiedern (Eleftheriadou 2020; Kinowska-Mazaraki 2021; Mazzola 2021), was sich u. a. in den (temporären) Zusammenschlüssen während der Corona-Proteste zeigte. Die Suche nach einfachen Antworten und Lösungen macht die demokratische politische Mitte anfällig für Populismus und gar Extremismus (Mazzola 2021). Untersuchungen der aktuellen Mitte-Studie deuten darauf hin, dass Krisenunsicherheit sowie -betroffenheit mit einem rechtsextremen Weltbild und einer geringeren Demokratieorientierung zusammenhängen (Zick/Sandal-Önal 2023). Hier wird deutlich, dass die Demokratie und ihre politische Mitte in Krisenzeiten um einen ständigen Kampf der Aufrechterhaltung ihrer selbst bemüht sind.

5. Die Bedeutung der Kulturhauptstadt 2025 für die politische Mitte in Chemnitz

In diesem Kapitel haben wir basierend auf den Daten der SKiSAX-Studie (Melcher et al. 2024) das politische Klima in Chemnitz analysiert und herausgearbeitet, wie das Kulturhauptstadt-Jahr dazu beitragen könnte, demokratische Werte zu stärken. In Anbetracht der Krisen der letzten Jahre und einer politischen Mitte, die durch diese Unsicherheit anfällig für Polarisierung ist, stellt die Auszeichnung als Kulturhauptstadt 2025 tatsächlich eine wichtige Möglichkeit dar, um eine demokratische politische Kultur sowie die städtische Zivilgesellschaft zu stärken. Dafür gibt es durchaus konstruktive Ansatzpunkte. Zwar ist das Niveau bürgerschaftlicher Beteiligung und des sozialen Zusammenhalts in der Nachbarschaft ausweislich der hier präsentierten Befunde nicht sonderlich hoch. Aber das bedeutet auch, dass schon kleine Verbesserungen hier zu erheblichen Veränderungen führen können. Darüber hinaus ist klargeworden, dass die Demokratie als Idee der politischen Vergesellschaftung in der Chemnitzer Stadtgesellschaft über alle politischen Lager hinweg höchst anschlussfähig ist. Dies gilt sogar für die Sorge vor Extremismus als Bedrohung für die Demokratie – wobei hier die verschiedenen politischen Lager unterschiedliche ideologische Schwerpunkte setzen.

Durch den verbreiteten Verlust des Vertrauens in die Politik und einer nicht unerheblichen Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der deutschen Demokratie werden Bürger:innen anfällig für rechtspopulistische und schlimmstenfalls gar rechtsextremistische Programmatik und Narrative. Politische Unternehmer:innen an den Rändern des politischen Spektrums – in Sachsen vor allem am rechten Rand – können diese unsicheren Zeiten nutzen, um sich der politischen Mitte anzubiedern. Daher ist es wichtig, dass die Kulturhauptstadtstrategie daran festhält, dem entgegenzuwirken und demokratische Werte und Praktiken zu stärken. Das Anbieten einer offenen, demokratischen, auf Chemnitz ausgerichteten, aber auch

Europa zugewandten Identität kann eine Alternative zu identitären Erzählungen und Vereinnahmungen von rechts darstellen. Allerdings ist auch dabei Fingerspitzengefühl gefragt, denn das Verhältnis von Nationalstaat und Europa wird auch unter Demokrat:innen derzeit kontrovers verhandelt.

Dies ist eine herausfordernde und verantwortungsträchtige Aufgabe. Nicht nur strategisch, sondern auch inhaltlich ist wohl sinnvollerweise darauf zu achten, dass die praktische Realisierung nicht Deutungen in die Hände spielt, die das Kulturhauptstadtprogramm als elitär, ideologisch nur Linke adressierend (»woke«) und letztlich nicht auf die »normalen Leute« gerichtet erscheinen lassen könnten. Denn grundsätzlich gibt es fraglos Bedarf an identitätsstiftenden gemeinsamen Projekten in Chemnitz, Sachsen und Ostdeutschland. Zu oft scheitern sie nur daran, dass der Bezugsrahmen für das als gemeinsam Empfundene zu eng gezogen wird, um wirklich breite Bindekraft entfalten zu können. Das Jahr der Kulturhauptstadt 2025 lässt sich als eine Art »Intervention« begreifen, die dazu geeignet ist, die absolut überwiegend der Demokratie zugewandten Bürger:innen der Stadt Chemnitz abzuholen. Dabei könnte eine verbindende, identitätsstiftende Erzählung das (politische) Engagement der Chemnitzer:innen stärken und auch das gesunkene Vertrauen in politische Institutionen zu kompensieren helfen. Einesteils müssen dabei der politische Extremismus und dessen Gefahren für die Demokratie durchaus ernst genommen werden (Abbildung 7). Jedoch gilt es auch, eine inklusive Ansprache zu finden, die nicht politisch Unzufriedene als Demokratiefeinde etikettiert und sie in Frontstellung zu den als einzige aufrechte Demokrat:innen inszenierten Zufriedenen bringt. In dem Zusammenhang wird es auch wichtig sein, die Ereignisse des Jahres 2018 gewissenhaft, differenziert und verantwortungsbewusst aufzuarbeiten. Im Handbuch zu den strategischen Grundlagen der Macher:innen wird zwar erwähnt, dass solche Ereignisse wie 2018 zu vermeiden sind (Stadt Chemnitz 2024: 26), aber von einer inhaltlichen Auseinandersetzung fehlt noch jede Spur. Ein positives Narrativ als verbindendes Element einer gemeinsamen Chemnitzer Identität kann aber nur nachhaltig aufgebaut werden, indem nicht nur gleichsam zum Chor der Überzeugten gepredigt, sondern sich auch den politischen Herausforderungen sowie dem Verdruss vieler Demokrat:innen offen und konstruktiv gestellt wird.

Literaturverzeichnis

- Backes, Uwe (1989): Politischer Extremismus in Demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen.
- Benedikter, Roland (2022): Die Erneuerung der politischen Mitte: Das Auseinanderbrechen der Gesellschaft, das Format Volkspartei und die Zukunft der Demokratie, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. <https://doi.org/10.5771/9783748936084>

- Best, Volker/Decker, Frank/Fischer, Sandra/Küppers, Anne (2023): *Demokratievertrauen in Krisenzeiten: Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., 2023. Electronic ed.: Bonn: FES, 2023 ISBN 978-3-98628-390-2
- Brandau, Bastian (2018): »Chemnitz – Eine zerrissene Stadt«, in: <https://www.deutschlandfunk.de/2018-in-sachsen-chemnitz-eine-zerrissene-stadt-100.html> vom 31.12.2018.
- Brichzin, Jenni/Laux, Henning/Bohmann, Ulf (2022). *Risikodemokratie: Chemnitz zwischen rechtsradikalem Brennpunkt und europäischer Kulturhauptstadt*. Bielefeld: transcript Verlag. <https://doi.org/10.14361/9783839462263>
- Bundeswahlleiterin (2024): »Bundestagswahl 2021«, in: <https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse/bund-99.html>
- Coleman, James S. (1988): »Social Capital in the Creation of Human Capital«, in: *American Journal of Sociology*, 94, 95–S120. <https://doi.org/10.1086/228943>
- Das Leitbild der Chemnitz 2025 gGmbH. <https://chemnitz2025.de/leitbild/vom-24.01.2024>
- Easton, David (1975): »A Re-assessment of the Concept of Political Support«, in: *British Journal of Political Science*, 5(4), 435–457. <https://www.jstor.org/stable/193437>
- Eleftheriadou, Marina (2020): »Refugee Radicalization/Militarization in the Age of the European Refugee Crisis: A Composite Model«, in: *Terrorism and Political Violence*, 8, 1797–1818. <https://doi.org/10.1080/09546553.2018.1516643>
- European Parliament (2024): Election results. <https://results.elections.europa.eu/en/>
- Ferrin, D. L./Bligh, M. C./Kohles, J. C. (2008): »It Takes Two to Tango: An Interdependence Analysis of the Spiraling of Perceived Trustworthiness and Cooperation in Interpersonal and Intergroup Relationships«, in: *Organizational Behavior and Human Decision Processes*, 107(2), 161–178. <https://doi.org/10.1016/j.obhdp.2008.02.012>
- Gaertner, S. L./Dovidio, J. F. (2000): *Reducing Intergroup Bias: The Common In-group Identity Model*, Philadelphia, PA: The Psychology Press.
- González, Roberto/Brown, Rupert (2006): »Dual identities in intergroup contact: Group status and size moderate the generalization of positive attitude change«, in: *Journal of Experimental Social Psychology*, 42(6), 753–767, <https://doi.org/10.1016/j.jesp.2005.11.008>.
- Grunert, Johannes (2018): »Der Abend an dem der Rechtsstaat aufgab«, in: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-08/chemnitz-rechte-demonstration-ausschreitungen-polizei> vom 28.08.2018.
- Hewstone, Miles/Greenland, Katy (2000): »Intergroup Conflict«, in: *International Journal of Psychology*, 35(2), 136–144, <https://doi.org/10.1080/002075900399439>.

- Hogg, Michael A./Adelman, Janice (2013): »Uncertainty-Identity Theory: Extreme Groups, Radical Behavior, and Authoritarian Leadership: Uncertainty-Identity Theory«, in: *Journal of Social Issues*, 69, 436–454. <https://doi.org/10.1111/josi.12023>
- Hogg, Michael A./Sherman, David K./Dierselhuis, Joel/Maitner, Angela T./Moffitt, Graham (2007): »Uncertainty, Entitativity, and Group Identification«, in: *Journal of Experimental Social Psychology*, 43, 135–142.
- Hooghe, Marc/Marien, Sofie (2012): »A Comparative Analysis of the Relation between Political Trust and Forms of Political Participation in Europe«, in: *European Societies*, 15, 131–152.
- Jasko, Katarzyna/Webber, David/Kruglanski, Arie W. (2022): »Political Extremism«, in: Van Lange, Paul A. M./Higgins, E. Tory/Kruglanski, Arie W. (Hg.), *Social Psychology Handbook of Basic Principles*, New York: Guilford.
- Kinowska-Mazaraki, Zofia (2021): »The Polish Paradox: From a Fight for Democracy to the Political Radicalization and Social Exclusion«, in: *Social Sciences*, 10, 112.
- Küpper, Beate/Sandal-Önal, Elif/Zick, Andreas (2023): »Demokratiegefährdende Radikalisierung in der Mitte«, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Niko (Hg.), *Die distanzierte Mitte*, Bonn: Dietz.
- Lenk, Kurt (2009): »Vom Mythos der politischen Mitte«, in: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/31749/vom-mythos-der-politischen-mitte/vom-10.09.2009>.
- Mazzola, Dario (2021): *Populism and the Radicalization of Democracy*, in: *The Frontiers of Democratization, Proceedings of the HEPP 2021 Conference*.
- Melcher, Reinhold/Meißelbach, Christoph/Schöne, Marcel/Thieme, Tom (2024): *Sicherheit und Kriminalität in Sachsen (SKiSAX)*, Sächsisches Institut für Polizei- und Sicherheitsforschung.
- Moisl, D. (2019): »Die Verfügbarkeit von Unterstützung durch soziale Netzwerke: Soziale Kohäsion im regionalen, zeitlichen und internationalen Vergleich«, in: Borrmann, Stefan/Fedke, Cristoph/Thiessen, Barbara (Hg.), *Soziale Kohäsion und gesellschaftliche Wandlungsprozesse. Sozialer Wandel und Kohäsionsforschung*, Wiesbaden: Springer VS.
- Polizei Sachsen (2024). *Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) des Freistaates Sachsen 2023*. https://www.polizei.sachsen.de/de/MI_2023_97151.html.
- Putnam, Robert D. (2001): *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*, New York: Simon & Schuster.
- Putnam, Robert D./Leonardi, Robert/Nanetti, Raffaella Y. (1994): *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton: Princeton University Press.
- Quintelier, Ellen/van Deth, Jan W. (2014): »Supporting Democracy: Political Participation and Political Attitudes. Exploring Causality using Panel Data«, in: *Political Studies*, 62, 153–171.

- Sachsenmonitor (o.D.): <https://www.staatsregierung.sachsen.de/sachsen-monitor-5656.html>
- Sampson, Robert J./Raudenbush, Stephen W./Earls, Felton (1997): »Neighborhoods and Violent Crime: A Multilevel Study of Collective Efficacy«, in: *Science*, 277(5328), 918–924.
- Simon, Bernd/Ruhs, Daniela (2008): »Identity and politicization among Turkish migrants in Germany: The role of dual identification«, in: *Journal of Personality and Social Psychology*, 95(6), 1354–1366, <https://doi.org/10.1037/a0012630>.
- Stadt Chemnitz (o.D.): Kulturstrategie Chemnitz, <https://www.chemnitz.de/chemnitz/de/kultur/kulturstrategie/index.html>.
- Stadt Chemnitz (2024, Hg.): Handbuch 2025. Strategische Grundlagen für eine Kulturhauptstadt Europas der Macher, Stadt Chemnitz.
- Statistisches Bundesamt (2021): Datenreport 2021: Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, https://www.destatis.de/DE/Service/Bibliothek/_publikationen-fachserienliste-6200000.html.
- Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen (2024): Zensus 2022, <https://zensus.sachsen.de/index.html>.
- Tajfel, Henri/Turner, John C. (1979): »An integrative theory of intergroup conflict«, in: Worchel, Steven/Austin, William G. (Hg.), *The social psychology of intergroup relations*, Brooks Cole, S. 33–48.
- van Deth, J.W. (2009): »Politische Partizipation«, in: Kaina, Viktoria/Römmele, Andrea (Hg.), *Politische Soziologie*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91422-0_6
- van Zomeren, Martijn/Postmes, Tom/Spears, Russell (2008): »Toward an Integrative Social Identity Model of Collective Action: A Quantitative Research Synthesis of Three Socio-Psychological Perspectives«, in: *Psychological Bulletin*, 134, 504–535.
- Westle, B. (2022): »30 Jahre Deutsche Einheit: Orientierungen gegenüber der Demokratie in Ost und West – nach wie vor geteiltes Land?«, in: Elff, Martin/Ackermann, Kathrin/Giebler, Heiko (Hg.), *Wahlen und politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland*, Wiesbaden: Springer VS.
- Zick, Andreas (2023): »Die distanzierte Mitte – Eine Annäherung an das Verhältnis der Mitte zur Demokratie in Krisenzeiten«, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Niko/Achour, Said (Hg.), *Die distanzierte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*, Bonn: Dietz.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (2019): *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*, Bonn: Dietz.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (2023): *Die distanzierte Mitte – Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*, Bonn: Dietz.

Zick, Andreas/Sandal-Önal, Elif (2023): »Krisenungewissheit: Demokratische Überzeugungen«, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hg.), Die distanzierte Mitte, Bonn: Dietz.